

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

No 239.

Erscheint jeden Bockentag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 R. 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

Freitag, den 13. Oktober.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gepaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige.

1882.

Die Wahlrede des italienischen Ministerpräsidenten.

Italien ist nicht nur das Land des Weines und der Gefänge, das Paradies für Dichter und Künstler, es ist auch dasjenige Land, wo das politische Leben der Neuzeit auf's Regste pulst; wo man den Glauben noch bewahrt, daß die Bevölkerung das Recht, die Pflicht und die Macht habe, die Staatsgeschichte durch die von ihr frei gewählten Vertreter zu beeinflussen und zu lenken; wo der höchste Beamte des Staates nicht darauf verzichtet, mit seinen Wählern im engsten Zusammenhange zu bleiben und ihnen immer wieder auf's Neue die Grundsätze, von denen seine Politik bestimmt ist, sowie die Erfolge, welche dieselbe aufweisen kann, zur Prüfung vorzulegen.

An Ministerpräsidenten fehlt es auch anderen Staaten nicht, die, wie Depretis 1875 dies gethan, Programme der Hoffnung aufstellen und die Aussicht auf liberale Erregenschaften eröffnen. Aber Depretis ist ein Mann, der sein Wort in Thaten umsetzt und der heute stolz darauf hinweisen kann, daß sein Name mit der großen That der Wahlreform für immer verknüpft ist und daß die wichtigsten von ihm versprochenen Verwaltungs- und Steuerreformen wirklich durchgeführt worden sind. Die ministerielle Anündigung von der Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalte pflegt in manchen anderen Ländern lediglich die Vorläuferin neuer drückender Steuern zu sein. Der italienische Ministerpräsident kann sich rühmen, nicht bloß das Gleichgewicht im Staatshaushalte befestigt, sondern zugleich auch die drückendsten Steuern, insbesondere die verhasste Mahlsteuer, aufgehoben, nicht bloß die schwebende Schuld vermindert, sondern auch daneben die Stellung der Beamten verbessert, das Eisenbahnetz erweitert und in außerordentlichen Fällen die Staatshilfe gewährt zu haben.

Die Ungeduld der radikalen Partei in Italien mag finden, daß noch zu viele ministerielle Versprechungen erst ihrer Erfüllung harren. Aber außerhalb Italiens haben die Liberalen Ursache, mit einem Gefühl des Reides auf die stattliche Liste der von Depretis aufgezählten Leistungen zu schauen. Im Bewußtsein des bereits Vollbrachten glaubt der italienische Ministerpräsident, den extremen Parteien mittels der Gesetzgebung, der Irredenta durch Anwendung der schon zum Schutze der Institutionen und öffentlichen Ordnung bestehenden Gesetze, oder der neuen, vom künftigen Parlament erst zu beschließenden, den Klerikalen durch unbedingte Ablehnung aller weiteren, über das Garantiegesetz hinausgehenden Konzessionen die Spitze bieten zu können.

Der dortigen Fortschrittspartei gegenüber, welche die Regierung um Vermehrung der Rüstungen bestürmt, verweist der Ministerpräsident auf die wirtschaftliche Lage des Landes und erklärt für die dringendste, demnächst durchzuführende Maßregel die Herabsetzung des Salzpreises. Die fortgeschrittenen Liberalen, namentlich die Anhänger Crispi's, fordern, Italien müsse es an Zahl und Schlagfertigkeit der Armee den Nationen dießseits der Alpen gleich thun. Sie verlangen die Befestigung aller Alpenpässe durch Anlage von Forts, die Ausrüstung neuer Panzerkolosse zur See und die Vermehrung der italienischen Kavallerie. Dabei vergessen sie, worauf die Regierung neben manchem Anderen sorgsamst zu achten hat, daß die große Finanzoperation zur Herstellung der Valuta noch nicht vollkommen beendet, daß die zu diesem Zwecke beschlossene Anleihe von vierhundert Millionen zwar formell abgeschlossen, aber thatsächlich noch nicht ganz gegeben, und daß es vor dem nächsten Frühjahr, wo die Operation zu Ende geführt werden soll, nicht ratsam ist, das finanzielle Europa durch ein außergewöhnliches Maß militärischer Rüstungen zu verstimmen.

Nicht der wenigst interessante Theil der Wahlrede, womit Depretis am 2. Oktober vor seine Wähler in Stradella trat, ist derjenige, welcher die auswärtige Politik zum Gegenstand hat. Der Ministerpräsident betont energisch den Einfluß, welchen Italien innerhalb des europäischen Konzerts zu Gunsten der allgemein europäischen Interessen auszuüben vermag. Dabei scheint Depretis einen Unterschied zwischen dem allgemein europäischen und dem zentral-europäischen Konzerte zu machen. Er bezeichnet die Beziehungen Italiens zu letzterem als ausgezeichnete, führt aber zur Bestätigung dessen lediglich eine Heirath an, welche demnächst die Häuser Savoyen und Wittelsbach mit einander verbinden wird, und geht alsbald zu der Versicherung über, daß auch im Verkehr mit Frankreich bald jede Spur der jüngsten Ereignisse verwischt sein werde.

Es ist unverkennbar, daß der italienische Ministerpräsident mit Absicht die Nennung der Namen Deutschland und Oesterreich umging. Einzelne Vorgänge, die allgemein bekannt sind, mögen es erklären, daß man zur Stunde in Italien wieder mit offener Sympathie von den Westmächten spricht. Der Besuch des Königs Humbert und seiner Gemahlin in Wien hat noch immer keine Erwiderung gefunden, da Kaiser Franz Josef sich nicht zur Entree in Rom begeben will, wie das italienische Nationalgefühl dies beansprucht. Die Beziehungen zwischen dem Berliner Hofe und dem Quirinal sind zwar bekanntermaßen ausgezeichnete, aber aus mancherlei Anzeichen ließ sich in letzter Zeit schließen, daß man im deutschen Reichsfinanzamt der italienischen Regierung kein unbedingtes Vertrauen entgegenbrachte. Es ist in Italien mit lebhaftem Verdrüß empfunden worden, daß die zu den deutschen Manövern in diesem Sommer entsandten italienischen Offiziere nicht durch Orden ausgezeichnet wurden, während diese Ehre den deutschen Offizieren bei den italienischen Manövern widerfahren war. Sollte der Liberalismus der italienischen Regierung die Ursache sein, warum sich das Verhältniß Italiens zu Central-Europa nicht herzlicher gestalten will?

Tageschau.

Freiberg, den 12. Oktober.

Am nächsten Mittwoch gehen die preussischen Urmwähler an die Urne, in weiteren acht Tagen geben die Wahlmänner für die Abgeordneten ihre Stimmen ab. Was von den Parteien trotz der Ungunst der Verhältnisse gethan werden konnte, um günstigen Resultaten vorzuarbeiten, das ist geschehen; mit guten und schlechten Reden, mit Manifesten und Aufrufen wurde nicht gefargt, die publizistische Polemik füllte durch Wochen alle großen und kleinen Partei-Organen, von der Hauptstadt bis zum entlegensten Marktsteden. Nun aber beginnt man in den verschiedenen Lagern die Chancen abzuwägen, und es hat nicht den Anschein, als ob auf irgend einer Seite eine freudige Siegeszuversicht herrschte. Die Liberalen müssen, wenn sie über eine Majorität im künftigen Abgeordnetenhaus verfügen wollen, zu den Mandaten der vorigen Legislaturperiode nicht weniger als siebzig neue hinzuerobern. Das ist ein sehr schweres Stück Arbeit. Die Ultramontanen wissen nicht, was sie von den Konservativen zu gewärtigen haben, nachdem diesen in nicht mißzuverstehender Weise die unbedingte Unterwerfung unter den Willen des Fürsten Bismarck als Norm und Bedingung ihrer Existenz eingeschärft worden, und die Konservativen zittern davor, daß sie von den Ultramontanen im Stiche gelassen, wenn nicht etwa gar belächelt werden könnten. Das wird sicher der Fall sein, wenn auch nicht sofort in der ersten, doch in den folgenden Sessionen; hat doch Herr Windthorst-Neppen diese Perspektive bereits eröffnet. So ist von einer Wahrscheinlichkeits-Berechnung des Wahls als je ist diesmal der Sieg erstrebenswerth, denn wichtig und weittragend werden die Voten der Volksvertretung sein, es wird von ihnen abhängen, ob Fürst Bismarck seine jetzige Steuer- und Finanzpolitik, seine heutige Schul-

und Kirchenpolitik aufgibt oder fortsetzt, mit Einem Worte: ob die Liberalen oder die Konservativen das Feld behaupten sollen. Charakteristisch ist übrigens die Erklärung des Prof. Sneyd, daß er auf seinen seit 20 Jahren von ihm vertretenen Wahlkreis zu verzichten sich gezwungen sehe, weil er nicht auf die Möglichkeit einer ihm entsprechenden Thätigkeit in der kommenden Legislaturperiode hoffen könne. In wirtschaftlichen Fragen sei die Gruppe seiner bisherigen Freunde gespalten und durch einen erbitterten Streit entzweit worden. Als Grund dieser Erscheinung bezeichnet er die mißlungenen wirtschaftlichen und Steuerreformen und fügt dieser Motivierung dann den Hinweis auf die Zerfegung der Parteien auch im Landtage hinzu, die so stark sei, daß für die positiven Aufgaben der Gesetzgebung, für welche er seine Dienste anbieten könne, kein Platz bleibe. Er sehe übrigens die Zustände keineswegs als hoffnungslos an, glaube vielmehr, daß es sich nur um ein Uebergang handele. Aus diesem Grunde müsse er auf ein Mandat verzichten.

Der „Magdeb. Btg.“ wird aus Berlin bestätigt, daß im Reichsjustizamt nach zwei Richtungen hin eine lebhaft Thätigkeit entfaltet wird. Einerseits ist man in der That ernstlich daran, eine Herabsetzung der Gerichtskosten herbeizuführen, und es gewinnt den Anschein, als ob man dabei zu greifbaren Resultaten gelangen möchte; andererseits ist man mit der längst geplanten Gesetzgebung über die Aktiengesellschaften sehr lebhaft beschäftigt. In letzterer Beziehung hegt man den Wunsch, die vorhandenen Projekte möglichst bald zur Ausführung zu bringen und keineswegs darf angenommen werden, daß, wie es ja vielfach gemeldet worden war, die Absicht vorwalte, die Regelung dieser Materie bis zum Erscheinen des deutschen Zivilgesetzbuches zu vertagen. Ist auch nicht anzunehmen, daß die betreffende Vorlage schon in der Fortsetzung der jetzigen Reichstagsession erscheinen kann, so wird man dieselbe doch in der nächsten Session mit Bestimmtheit erwarten dürfen. Ueber den Stand der Gerichtsostenfrage wird wohl schon bei den bevorstehenden Beratungen über den Reichshaushaltsetat eine Auskunft gegeben werden, welche die weiteren Schritte der Regierung erkennbar machen dürfte. — Anstatt des verstorbenen Grafen Stillfried-Mcantara wird nunmehr Graf Eulenburg, gegenwärtig Hofmarschall des deutschen Kronprinzen, definitiv zum Oberzeremonienmeister ernannt werden. Seine jetzige Funktion wird Graf Eulenburg nur bis zum silbernen Ehejubiläum des Kronprinzenpaars, somit bis 25. Januar 1883 beibehalten und alsdann sein neues Amt antreten. — An Stelle des an einem Nervenleiden schwer erkrankten Kapitän zur See Sattig ist der Korvetten-Kapitän Herbig, bisher Dezentent für Ausrüstung im Admiraltatsamt, mit dem Kommando des Kadettenschiffs „Leipzig“ betraut worden. Der Kapitän zur See Sattig hat sich das Nervenleiden durch Ueberanstrengung zugezogen, indem er außer seiner Funktion als Dezentent für militärische Verwendung der Schiffe genöthigt war, in Abwesenheit des Kapitän zur See Runow, welcher seinerseits mit dem Kommando des Panzergeschwaders beauftragt worden, die Geschäfte des Letzteren als Chef des Stabes der Admiralität mit zu führen. Aus diesen Thatsachen geht zur Evidenz hervor, wie groß der Mangel an Offizieren in den höheren Kommandostellen der Marine ist, so daß man genöthigt war, zum Geschwaderchef einen hohen Offizier des Stabes zu ernennen und einem anderen doppelte Funktionen zu übertragen.

Ein Handschreiben des Kaisers von Oesterreich beruft die Delegationen für den 25. d. M. nach Pest. — Im österreichischen Handelsministerium findet in den nächsten Tagen eine Postkonferenz statt, woran Delegirte von Oesterreich-Ungarn, Deutschland, Rumänien, Bulgarien und eventuell auch der Türkei theilnehmen, um zu berathen, wie die Passagier-, Brief- und Paketbeförderung nach der Türkei und dem Orient schneller bewerkstelligt werden könnte. — Im ungarischen Unterhause fragte gestern der Abg. Dnody an, ob der Justizminister davon Kenntniß habe, daß wegen Angelegenheiten des Staatsanwalts Havas in der Tisza-Eszlärer Affaire gegen denselben Prozeß angehängt worden sei. Der Justizminister bejahte dies und erklärte, er werde nach der Untersuchung Weiteres verfügen. Auf eine Interpellation Sernatony's, ob es nicht nothwendig sei, die Untersuchung der Tisza-Eszlärer Affaire von Nyiregyhaza wegen der Hezereien fortzusetzen, erwiederte Minister Tisza, es sei dazu kein Grund vorhanden, so lange die lobenswerthe Haltung der dortigen Bevölkerung andauere. Er hoffe auch, daß sich die Hal-